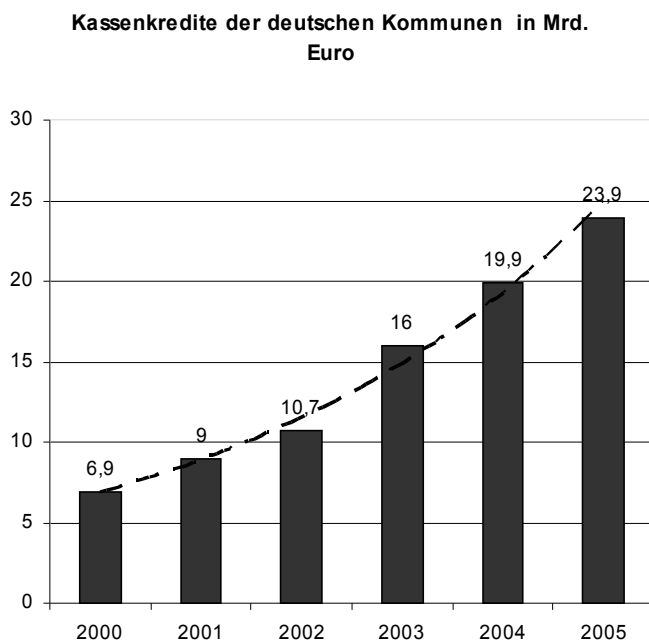


Den Kommunen geht es finanziell schon wieder viel besser...

Regierungsamtliche Märchen jetzt entzaubern!

Die Stadt Waltrop hat als hochverschuldete Kommune seit Januar 2006 einen staatlich bestellten beratenden Sparkommissar (vgl. AKP 3/2006) und deshalb einen Hilferuf an die Bundeskanzlerin gestartet, um auf die extreme Haushaltskrise in vielen deutschen Kommunen hinzuweisen. Die Antwort der Bundeskanzlerin durch das Bundeskanzleramt folgte prompt: Waltrop ist danach ein vernachlässigbarer Einzelfall. Alle Finanzindikatoren sprechen aus Sicht des Bundeskanzleramts vielmehr für eine „insgesamt positive Entwicklung der Kommunalfinanzen“. Auch das Bundesfinanzministerium kommt in seinen aktuellen Publikationen zu einem ähnlichen Fazit: „Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich im Jahre 2005 weiter (!!!) verbessert“.¹

Dass dies natürlich nicht den Tatsachen entspricht, verdeutlicht bereits ein kurzer Blick auf die aktuellen Daten des Ministeriums². Danach steigen die Kassenkredite der Kommunen in Deutschland von 6,9 Mrd. Euro im Jahre 2000 auf 23,9 Mrd. Euro im Jahre 2005 exponentiell an. Damit hat sich die Deckungslücke bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben der Kommunen in nur sechs Jahren mehr als verdreifacht.



Auch sind die wachsenden Kassenkredite nicht nur auf einige strukturschwache Großstädte zurückzuführen, wie es das Bundesfinanzministerium in den erwähnten Berichten gerne sug-

¹ BMF 2006a: Bundespolitik und Kommunalfinanzen, in: Monatsbericht des BMF Juni 2006: 49-56.

² BMF 2006b: Finanzsituation der Kommunen 2005, Berlin

geriert. Ein Langzeitvergleich zeigt, dass auch die kreisangehörigen Gemeinden in NRW eine ähnlich negative Entwicklung der Kommunalfinanzen durchgemacht haben. 1992 hatten nur 36 der 373 kreisangehörigen Gemeinden in NRW ein Defizit im Verwaltungshaushalt (mit dementsprechender Inanspruchnahme von Kassenkrediten). Alle defizitären Gemeinden konnten nachweisen, dass sie mittelfristig wieder den Haushaltsausgleich erreichen können und fielen damit nicht unter das restriktive Nothaushaltsrecht. Ende 2005 mussten schon 169 der 373 kreisangehörigen Gemeinden in NRW einen Fehlbetrag ausweisen und 89 fielen unter das restriktive Nothaushaltsrecht³. Die wachsenden Fehlbeträge und Kassenkredite in den Kommunalhaushalten sind damit keine bedauerlichen Einzelfälle, sondern zumindest in NRW ein bedrohliches Massenphänomen. Damit kann man in Bezug auf die meisten Kommunen in NRW nur feststellen, dass es in den letzten Jahren zu der negativsten finanziellen Entwicklung der Kommunen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gekommen ist. Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland haben im Übrigen einen ähnlich hohen Kassenkreditstand pro Einwohner wie Nordrhein-Westfalen, so dass man bezogen auf diese alten Bundesländer nahezu von einer flächendeckenden negativen Entwicklung ausgehen muss.

Die vom Bundeskanzleramt und Bundesfinanzministerium verbreitete Fehlwahrnehmung von der positiven Entwicklung der Kommunalfinanzen lässt befürchten, dass die Bundesregierung (und die Landesregierungen) sicherlich keine Skrupel haben werden zukünftig wieder Lasten auf die Städte mit exorbitanten Haushaltsdefiziten abzuwälzen. Anderen Kommunen sollte das Schicksal der Stadt Waltrop erspart bleiben, in der der beratende Sparkommissar und die Kommunalaufsicht fast ausschließlich die Spielregeln bestimmen wollen und damit die kommunale Demokratie „eingespart“ wurde (www.sparkommissar-waltrop.de). Deshalb wäre es sehr gut, wenn die grüne Bundestagsfraktion und die Bundespartei dieses drohende Ende der kommunalen Selbstverwaltung in vielen Städten zu ihrem Hauptthema machen und die regierungsamtlichen Märchen von den gesunden Kommunalfinanzen entzaubern würden.

³ Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 633 „Kommunen in Haushaltssicherung“, Drucksache 14/1908.